



Erinnern in Bonn bleibt aktuelle Aufgabe

Rede des Vereinsvorsitzenden vor der Mitgliederversammlung

Von Rolf Schießmann

Ein Höhepunkt in der kurzen Geschichte des Vereins An der Synagoge war die Kröpfung des sogenannten Verkhauses in der Plittersdorfer Straße am 7. März dieses Jahres. Der Verein konnte sich dabei eines breiten öffentlichen Zuspruchs erfreuen und zwar - was leider nicht immer gelingt - durch einen Personenkreis von sehr unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Herkunft.

Dieses Haus bietet für den Verein und seine Ziele eine gute Arbeitsmöglichkeit. Es kann aber nur die Übergangslösung bedeuten, weil es für Ausstellungen nicht groß genug ist.

Vor allem kann mit ihm nicht das uns wesentliche Moment einer Gedenkstätte verwirklicht werden, ganz abgesehen davon, daß es zu wenig zentral gelegen ist.

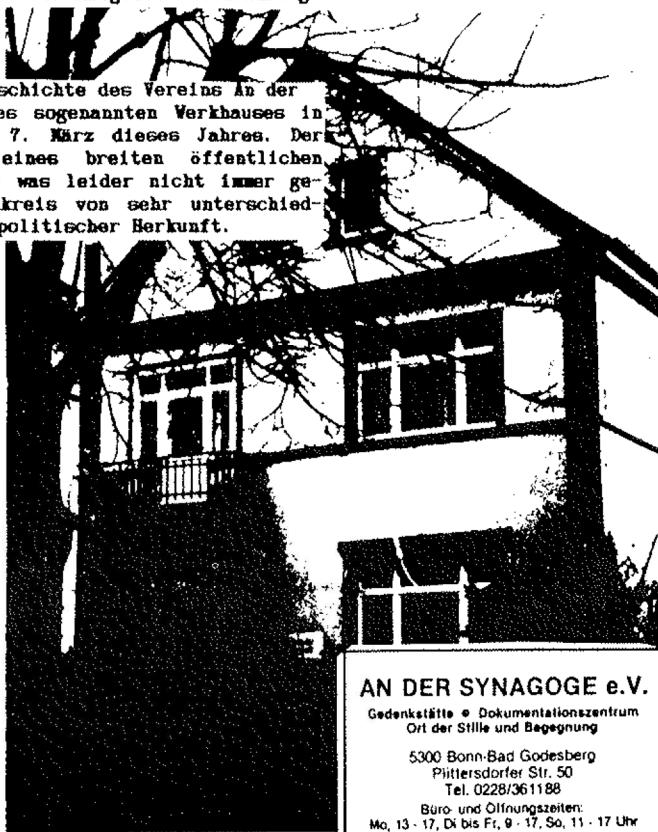
Der Vorstand hatte das letzte grundsätzliche Gespräch mit dem Oberbürgermeister am 23. Dezember 1985, bei dem es nach dem Scheitern des Projektes, am Brückenhaus die Gedenkstätte zu errichten, um überzeugende Alternativen einer Unterkunft im Zentrum der Stadt ging.

Damals wurde die Idee, die die Vertreter der Stadt schon vorher mit uns besprochen hatten, vom OB bekräftigt, nämlich im jetzigen Kunstmuseum den Verein unterzubringen.

Zwischenzeitlich haben wir die maßgeblichen Stellen der Stadt immer wieder schriftlich und mündlich gebeten, wenn nicht sogar angewandt, durch einen Ratsbeschluss die Einrichtung der Gedenkstätte im Museum in der Rathausgasse festzumachen.

Das ist noch nicht geschehen, weil offenbar städtischerseits Unsicherheiten über die künftige Nutzung des Kunstmuseums bestehen, die durch eine Museumsfachmännin, Frau von Rohr aus Hannover, die auch mit dem Verein im Gespräch war, verstärkt wurden. Sie bezweifelte die Eignung des Hauses.

Im vorigen Monat haben wir immerhin zwei Briefe erhalten, die hoffen lassen, daß das Anliegen des Vereins nicht vergessen ist. Der OB schrieb am 27. Oktober 1986:



"Nach wie vor bin ich der Auffassung, daß diese Gedenkstätte räumlich in ein künftiges Historisches Stadtmuseum an einem zentralen Standort einbezogen werden sollte.

Nachdem sich der Rat nun grundsätzlich für die Einrichtung eines Historischen Stadtmuseums ausgesprochen hat, ist als nächstes die Frage des Standortes zu klären.

Wie Sie wissen, sind zur Zeit mehrere Standorte im Gespräch. Darin einbezogen sind auch die Räume des heutigen städtischen Kunstmuseums in der Rathausgasse.

Auch für den Fall, daß der Rat sich für einen anderen Standort entscheiden sollte, käme zunächst eine provisorische Unterbringung in diesen Räumlichkeiten in Betracht... Sie können aber sicher sein, daß Ihr Anliegen, in Bonn eine lokale Gedenkstätte einzurichten, nicht vergessen ist".

Der Fraktionsvorsitzende der CDU schreibt: "Ich kann Ihnen versichern, daß Ihr Anliegen, eine zentrale Gedenkstätte in Bonn zu errichten, auch in der CDU-Fraktion weiterhin verfolgt wird".

Arbeit im Verkhaus

Einen wichtigen Höhepunkt für die Arbeit im Verkhaus sehe ich im Besuch der ehemaligen Bonner Juden während der diesjährigen Begegnungswoche am 26. September (s. a. den Beitrag: "Seltene Gäste im Verkhaus").

Die Begegnung hier war nicht ohne Brisanz, weil unsere Gäste als Betroffene ja vor der Dokumentation des Unrechts und Schreckens standen, das sie und ihre Angehörigen erleiden mußten.

Trotzdem gelang es, mit den jüdischen Besuchern in Kleingruppen in zum Teil intensive Gespräche zu kommen. Wir haben dabei auch neue Anregungen und Ergänzungen er-

halten zur Situation der Bonner Juden in der Zeit der Verfolgung, sowie Hinweise auf Zeitzeugen, die noch anzusprechen wären.

Ich denke, es ist wichtig, daß die Juden die Arbeit des Vereins für eine ernstzunehmende, unterstützungswürdige Arbeit halten; einige haben es auch durch ihre Mitgliedschaft oder Spenden deutlich ausgedrückt.

Seit Ende des vorigen Jahres arbeiten in unserem Verein vier ABM-Kräfte als hauptamtliche Mitarbeiter, außerdem Herr Rosendahl als eine Art Geschäftsführer, und seit Mitte des Jahres ein Zivildienstleistender als eine Art Hausmeister, der hier auch - aus Sicherheitsgründen - wohnt.

Schwerpunkte

Die Mitarbeiter haben sich in der relativ kurzen Zeit bis heute neben ihrer Tätigkeit im Verkhaus, insbesondere auf die Befragung von Zeitzeugen und die dazugehörige Dokumentation konzentriert, was wir als Verein - weil die Zeit drängt - als nötigen Schwerpunkt erkannt hatten.

Es fanden über 85 Interviews statt und entsprechend viele Tonkassetten wurden erstellt. Die Zeitzeugen stammen aus folgenden Gruppierungen: aus dem Judentum, aus der evangelischen und katholischen Kirche, bei der katholischen Jugend besonders aus dem Bund Neudeutschland, aus christlichen Gewerkschaften und Deutscher Demokratischer Bewegung, aus SPD und KPD im Widerstand, daneben Zwangssterilisierte und Fremdarbeiter.

Weiterführend und hilfreich zur Auswertung war auch eine Fragebogenaktion zum Leben ehemaliger Bonner Juden: von 200 Angeschriebenen sandten 60 ihre Antworten und dokumentarisches Material zurück. Außerdem wurden vier Videofilme mit Zeitzeugen produziert.

Für die Arbeit im Verkhaus sind hervorzuheben:

1. Führungen für - bis dato - 52 Gruppen, meist Schulklassen, aber auch für Caritas, Pax Christi, Jugendamt, Schwesternschule des Marienhospitals, Montag-Club usw. Es kamen auch ausländische Gruppen aus der DDR, Sowjetunion, aus Griechenland u. a.;

2. Ausstellungen, die durch ihre entsprechende Eröffnung die Öffentlichkeit in besonderer Weise auf die Ziele unseres Vereins aufmerksam machten: z. B. über den jüdischen Friedhof in Weissensee oder die Bonner Künstler im Dritten Reich;

3. Treffen der Arbeitskreise zu den Themen Fremdarbeiter, Sinti und Roma, Neonazismus, Frauen im Dritten Reich.

Schließlich werden hier die Informationen erstellt: der Rundbrief, die Pressemitteilungen usw. Hier laufen inzwischen auch die Anfragen zu NS-Zeit und Neonazismus in Bonn zusammen. Daraus ergeben sich Hilfestellungen und Projektangebote.

Es ist auch hinzuweisen auf die inzwischen auf 400 Bände angewachsene Bibliothek im Verkhäus, die fachgerecht eingerichtet wurde.

Zu erwähnen ist ferner der Kontakt zu Organisationen, die themenverwandt arbeiten, zu anderen Gedenkstätten in der Bundesrepublik, und die Teilnahme an Tagungen der Gedenkstätteninitiativen.

Ich finde es erfreulich, daß es mit unserem jungen Verein an der Synagoge jetzt drei Vereinigungen in Bonn gibt, deren Arbeitsgebiet und Anliegen sich in der Bemühung um das Judentum in Geschichte und Gegenwart berührt. Sie haben sehr unterschiedliche Mitglieder, die natür-

lich auch den Arbeitsstil bestimmen.

Wenn sie zusammenarbeiten, besteht vielleicht die begründete Hoffnung, daß in der Bonner Bürgerschaft die Aufgabe gesehen wird, unsere Vergangenheit nicht zu verdrängen, sondern aufzuarbeiten, gerade auch im Blick auf die Zeit, in der wir leben.

Der Verein zahlt jetzt 86 Mitglieder und 25 Mitgliedsorganisationen. Es könnten mehr sein, letztendlich wegen des Haushalts des Vereins, der schwach ist. Werbung tut also not, vor allem in der Bürgerschaft.

Aber es wäre auch gut, wenn die jetzigen und die potentiellen Mitglieder sich noch mehr an der Gestaltung des Vereins und seiner Aufgaben beteiligen würden.



George Grosz, Wir werden es Ihnen beibringen, 1935

Beklemmung nach Todesanzeige für Wannseekonferenz-Teilnehmer

Ehemaliger SS-Offizier und späterer Anwalt als Wohltäter gerühmt / Bei Beratungen über die Ausrottung der Juden dabei

FA 82.

ULM/BERLIN, 4. Februar (AP/dpa). Empört hat sich der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, über die Anzeige gekäuert, die nach dem Tode des letzten Teilnehmers der berüchtigten Wannseekonferenz erschienen ist. Der Rechtsanwalt Gerhard Klopfer, der einst als Vertreter der Parteikanzlei Adolf Hitlers an den Beratungen über die „Endlösung der Judenfrage“ teilgenommen hatte, war vor einigen Tagen in Ulm gestorben.

In der Montagsausgabe der Ulmer „Südwest-Presse“ veröffentlichte die Familie des Juristen, der am 18. Februar 82 Jahre alt geworden wäre, eine Todesanzeige, in der es hieß: „...nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einflußbereich waren.“ Am Mittwoch brachte die „Südwest-Presse“ einen Bericht über den Tod dieses Mannes, in dem der Verfasser unter anderem schrieb: „Bei einigen Ulmern hat die in unserer Zeitung veröffentlichte Todesanzeige am letzten Montag Beklemmung hervorgerufen... Die Witwe der Verstorbenen (Klopfer heiratete sie vor zehn Jahren nach dem Tod seiner ersten Frau) erklärte gegenüber unserer Redaktion, daß damit in erster Linie die Bekannten und Klienten aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gemeint seien. „Es ist auf alle die bezogen, die uns so oft erklärt

haben, wie anständig er sich ~~were~~ verhalten hat.“ Dies habe aber auch für sein Wirken im Nazi-Staat gegolten, wo er gegenüber oberen Stellen Bedenken gegen Dinge angemeldet habe, die unanständig waren und für die er anständige Lösungen suchte.“

Klopfer, 1905 in Schreibersdorf (Riesengebirge) geboren, war nach Angaben der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen am 1. April 1933 in die NSDAP eingetreten und „in rascher Folge“ befördert worden, zuletzt am 9. November 1944 zum SS-Obergruppenführer, einem Rang, der dem eines Generals entspricht. Gleichzeitig war er Staatssekretär in der von Martin Bormann geleiteten Parteikanzlei Hitlers. Am 20. Januar 1942 gehörte er zu den insgesamt 15 Teilnehmern der Konferenz in der Villa am Großen Wannsee 56/58 in Berlin, in der Reinhard Heydrich vom Reichssicherheitshauptamt die Pläne für die Ermordung von Millionen Juden in Europa darlegte. Nach dem Kriege wurde Klopfer entnazifiziert, ließ sich dann im Raum Ulm/Neu-Ulm und später in Ulm nieder, wo er als Rechtsanwalt nach Angaben der „Südwest-Presse“ ein „unauffälliges Leben“ führte.

Eine Strafanzeige der Ludwigsburger Zentralstelle gegen Klopfer wegen der Teilnahme an der Wannseekonferenz

wurde von der Staatsanwaltschaft Ulm am 19. Januar 1962 eingestellt, weil nicht nachgewiesen werden konnte, daß er zur Judenvernichtung beigetragen hat (Aktenzeichen 4 JS 15 226/60). Auch weitere Strafanzeigen von Privatpersonen gegen Klopfer wurden von der Staatsanwaltschaft Ulm eingestellt.

Als „empörend“ bezeichnete nun Galinski die Würdigung Klopfers in der Todesanzeige. Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, ein Überlebender des Konzentrationslagers Auschwitz, sagte der AP, der Wortlaut dieser Anzeige sei ihm so empörend, als erst im letzten Monat in Berlin der 45. Jahrestag der Wannseekonferenz begangen worden sei.

Gleichzeitig kritisierte Galinski einen Beitrag der SFB-Sendung „Kontraste“ vom 27. Januar, in der mehrere ältere Intellektuelle Zweifel an der Massenermordung von Juden während des Zweiten Weltkrieges geäußert und Fotos sowie Filme über die Berge von Leichen und ihrer Hülle als Fälschungen bezeichnet hätten. Enttäuschung äußerte Galinski darüber, daß das Fernsehen solchen Menschen überhaupt die Gelegenheit biete, diese Ansichten zu äußern. Noch bitterer sei jedoch die Erkenntnis, daß es Menschen gebe, die nicht nur unbelehrbar gewesen, sondern es auch offensichtlich geblieben seien.

Vorletzter Überlebender der Wannseekonferenz war der ehemalige Reichsamtseiler Leibbrandt aus dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, der vor wenigen Jahren starb.

★

OTTAWA (AFP). Die kanadische Regierung soll den Ausschuß, der über in Kanada lebende ehemalige Nazi-Kriegsverbrecher ermittelt, aufgefordert haben, einen Teil seines Berichts umzuschreiben. Wie ein Regierungsvertreter, der nicht genannt werden möchte, am Montag in Ottawa mitteilte, soll damit verhindert werden, daß die Öffentlichkeit die Betroffenen identifiziert.

Der Ausschußvorsitzende, Richter Jules Deschênes, hatte am 23. Dezember letzten Jahres nach fast zweijährigen Ermittlungen seinen Bericht vorgelegt, dessen einer Teil zur Veröffentlichung bestimmt ist, während der andere als vertraulich eingestuft werden soll. Namen werden nur im zweiten Teil angegeben, in denen auch Maßnahmen für den Fall empfohlen werden, daß genügend Beweismaterial zusammenkommt. Verschiedene Regierungsmitglieder führten jedoch im ersten Teil enthaltene Angaben wie Ankunftsdaten, Aufenthaltsort oder Staatsbürgerschaft könnten zur Identifizierung führen.